

Fachkonferenz "Polizeidienststellen und Moscheevereine: Prävention, Kooperation, interkulturelle Kompetenz", Stuttgart 2005

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Begrüßungsansprache „Der Dialog als Weg zu einer Kooperation zwischen Moscheevereinen und Polizei“ (Schriftfassung)

Landespolizeipräsident Erwin Hetger

1819 verfasste kein geringerer als Johann Wolfgang von Goethe seinen „West-östlichen Divan“. Goethe wollte - wie er selbst sagte - durch einen interkulturellen Annäherungsversuch den Dialog mit dem Islam vorbereiten. Hierzu verfolgte er eine einfache und zugleich schwierige Strategie, nämlich die Beschäftigung und das Vertrautmachen mit dem scheinbar Fremden. Bei Goethe mündet die Beschäftigung mit dem Islam in Anerkennung und Respekt. Zwei Begriffe, denen eine Schlüsselfunktion für unser heutiges Thema zukommt.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, zu dem wichtigen Thema der Integration und der Zusammenarbeit zwischen Moscheevereinen und Polizei in einen Dialog einzutreten. Die Zeit hierfür ist mehr als reif! Das zeigt die Resonanz auf unsere heutige Tagung. Ich darf Sie auch meinerseits alle ganz herzlich begrüßen.

Die These vom „Kampf der Kulturen“ darf nicht Realität werden. Uns allen ist daran gelegen, gemeinsam an der Widerlegung dieser These zu arbeiten. Als Realisten sind wir uns aber auch bewusst, dass eine heile Welt, in der alle Menschen friedlich und in Harmonie miteinander leben, Utopie bleibt. Denn wo Menschen sind, sind immer auch Konflikte. Das gibt es in jeder Familie, in jedem Kulturkreis und erst recht zwischen den Kulturen. Nur bestimmte Spielregeln müssen beachtet, müssen eingehalten werden. Um sie zu erkennen und zu verinnerlichen, müssen wir aufeinander zugehen, ohne uns blauäugig Wunschvorstellungen hinzugeben oder gar Illusionen nachzuhängen. Wir müssen einen gemeinsamen Weg finden und ihn gemeinsam gehen. Dazu bedarf es des Dialogs. Das heißt, wir müssen uns gegenseitig kennen lernen und voneinander lernen. Auf dieser Basis kann dann Vertrauen, Achtung, gegenseitiger Respekt und Anerkennung und damit das Fundament für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben verschiedener Kulturen auf dem Boden unserer Verfassung wachsen. Das erfordert Geduld und stetiges Bemühen.

Diese Geduld und dieses Bemühen haben auch unsere Partner aufgebracht. Mein ausdrücklicher Dank gilt daher den außerpolizeilichen Kooperationspartnern,

- der Bundeszentrale für Politische Bildung,
- dem Zentrum für Türkeistudien,
- dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und, last but not least,
- der Stadt Stuttgart. Herr Oberbürgermeister, auch dank dafür, dass diese Fachkonferenz hier im Rathaus stattfinden kann.

Herzlich danken möchte ich auch den Verantwortlichen und Projektbeteiligten der Moscheevereine sowie den Polizeien in Berlin, Essen und hier in Stuttgart für ihr großes Engagement und ihre Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Auf den dabei gemachten Erfahrungen beruht der Leitfaden „Polizei und Moscheevereine“, den wir Ihnen heute an die Hand geben.

Die Erfahrungen der in diesen drei Städten eingeleiteten Kooperationen haben eindrucksvoll gezeigt, dass - und daran liegt mir sehr viel - der Dialog zwischen Polizei und islamischer Bevölkerung mehr sein kann und mehr sein muss als eine auf die Thematik Terrorismus reduzierte Debatte. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Der islamistische Terrorismus ist eine zentrale Herausforderung für die Polizei und die gesamte Gesellschaft, und damit müssen wir uns - ob wir wollen oder nicht - intensiv beschäftigen. Wie notwendig der internationale Kampf gegen diesen blutrünstigen Terror ist, wird uns immer wieder vor Augen geführt: Nach den Anschlägen von Madrid und London vor wenigen Tagen durch die blutigen Anschläge in Neu Delhi.

Dennoch dürfen wir nicht den Fehler machen, den Islam verengt auf diesen Aspekt wahrzunehmen. Unser Dialog muss über die üblichen Klischees hinauswachsen und sich vor allem auch auf die Fragen des alltäglichen Lebens erstrecken. Dazu gehört zum Beispiel die Verkehrserziehung von muslimischen Kindern oder die Frage wie wir Kinder - muslimische wie auch deutsche - vor Gewalt und Kriminalität schützen können oder wie man Opfern häuslicher Gewalt adäquat hilft und sie berät.

Für mich ist von zentraler Bedeutung: Wie erreicht der Dialog der Kulturen jene Muslime und jene Deutsche, die ihn unterbinden wollen, jene also, die eine Annäherung a priori ablehnen? Kein Kulturkreis und keine Religion ist an sich dialogunwillig. Dennoch bleibt die Frage: Wie kann verhindert werden, dass nur diejenigen den Dialog führen, die - wie wir heute - mit großer Offenheit aufeinander zugehen, damit aber haargenau an jenen vorbeireden, die dialogfeindlich eingestellt sind? Ich denke da an Rechtsextremisten und fundamental orientierte Islamisten.

Dort wo Dialog, Annäherung und Akzeptanz fehlen, regieren Unwissenheit, Klischees und destruktive Angst vor Fremdem. Das ist der Nährboden, den sich Extremisten und Terroristen gezielt zu nutze machen: Seien es Islamisten, die von gotteslästerlicher Dekadenz reden und zu Gewalt auffordern oder Rechtsextremisten, die Angst vor Überfremdung propagieren.

Wir wissen: Hier gilt es frühzeitig gegenzusteuern. Aufklärung tut not. Das gelingt nur, wenn wir einen Zugang zu den Menschen finden. Das wiederum gelingt nur, wenn Menschen bereit sind, sich zu öffnen und sich zu integrieren. Dies kann und darf aber nicht nur Aufgabe der Polizei sein; hier müssen auch die Schulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Medien, ja unsere Gesellschaft insgesamt mit ins Boot.

Ein wichtiges Kriterium zur Bewertung der Tragfähigkeit entsprechender Kooperationen ist aus polizeilicher Sicht die Transparenz. Das heißt, inwieweit sich muslimische Gemeinschaften der Polizei und der Gesellschaft gegenüber öffnen. Ob und wie sie durch aktive und sichtbare Positionierung dazu beitragen, Gewalt und das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Ich begrüße den jüngst auf Bundesebene begonnenen Dialog der Sicherheitsbehörden mit den Vertretern des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) sowie mit der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB). In dem Gespräch wurden Möglichkeiten einer engeren Kooperation mit dem Ziel erörtert, extremistische Bestrebungen und Gefährdungen möglichst frühzeitig aufzudecken und hiergegen vorzugehen. Das Gespräch beim Bundeskriminalamt - an dem auch ein Kollege aus Baden-Württemberg teilgenommen hat - fand in einer sehr offenen und konstruktiven Atmosphäre statt. Es bestand Konsens, dass vertrauensbildende Maßnahmen die Basis für ein „Aufeinanderzugehen“ bilden und der Dialog die Möglichkeit bietet, Vorurteile abzubauen und rechtsstaatliche Grundsätze und Grenzen zu verdeutlichen. Ohne den Ergebnissen vorgreifen zu wollen, denke ich, dass die Erarbeitung und Verteilung von Informationsmaterial in Moscheen über die Arbeit und den Auftrag der Polizei, die gegenseitige Benennung von Ansprechpartnern und möglicherweise die Unterstützung von so genannten „Info-Hotlines“ durch Vertreter muslimischer Organisationen weiterführend sein können.

Ich bin zuversichtlich, dass diese Gespräche und natürlich diese Tagung zum Motor für einen wachsenden und von Vertrauen getragenen Dialog werden.

Ich darf nun das Wort an Herrn Müller-Hofstede von der Bundeszentrale für politische Bildung übergeben. Uns allen wünsche ich eine interessante, erkenntnisreiche Fachtagung und einen befruchtenden Dialog.